

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühren. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. Dezember 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmärkte, Versammlungs-Veröffentlichungen und. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 139.

## Die christlichen Gewerkschaften und die Finanzreform.

VIII.

„Der Traum ist aus, die Schleier fallen!“ An ein diesen Titel tragendes Flugblatt der christlichen Gewerkschaften aus dem Jahre 1907 erinnert in der „Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung“ ein ehemaliger „Christlicher“. Und er tut recht daran. Der christliche Traum einer wirksamen Arbeitervertretung innerhalb bürgerlich-politischer Parteien ist aus; die Finanzreform hat diesem Traum ein schreckhaftes Erwachen folgen lassen, vom Janusgesichte des zentrumspolitischen Parteimenschen und christlich-gewerkschaftlichen Arbeiterführers ist der Schleier gefallen, der ganzen Welt wird jetzt das Schauspiel geboten, was es mit unabhängigen, selbstbewußten und selbständigen christlichen Gewerkschaftsführern in Wirklichkeit auf sich hat. Per aspera ad astra (zu den Sternen) unternahmen vor wenigen Jahren die christlichen Gewerkschaftsführer ihren parlamentarischen Marschflug, und ein Häufchen Unglück ist es, was jetzt von dieser ganzen Herrlichkeit übrig blieb. Der Widerstand einer christlichen Wirtschaftsorganisation — den man nur bei Arbeitern findet —, der Ursprung der christlichen Gewerkschaften, die parteipolitische Abhängigkeit ihrer Führer hat die ungeheure Blamage gezeitigt, auf die sie jetzt als die Frucht einer an sich unmöglichen politischen Betätigung (angeblich zugunsten der christlichen Arbeiter) zurückblicken.

Wie kann es aber auch anders sein. Wir haben schon in unserer Artikelserie über die christlichen Gewerkschaften nachgewiesen, daß diese unweigerlich konfessionellen und parteipolitischen Interessen zu dienen haben. „Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird den Entscheidungskampf mit der Sozialdemokratie zu führen haben“, erklärte der christliche Arbeitersekretär Klost auf dem Essener Parteitag des Zentrums, und Giesberts, der Leiter des „Zentralblatts“ für die christlichen Gewerkschaften Deutschlands, erklärte noch im vorigen Jahr in Trier: „Wenn ein Zusammenarbeiten von Evangelischen und Katholiken, wie es in den christlichen Gewerkschaften geschieht, nach den Lehren unsrer heiligen Kirche nicht erlaubt ist, so mag eine allerhöchste Entscheidung es generell verbieten. Man wird in uns gehorame Katholiken finden.“ Was heißt das anders, als die christlichen Gewerkschaften unter die Oberhoheit einer konfessionellen Religionsgemeinschaft stellen! Der eine betont den politischen, der andre den konfessionellen Charakter der christlichen Gewerkschaften, und beide geben damit nur der Wahrheit die Ehre.

Aus dieser selber schon zur Genüge gekennzeichneten Situation heraus ergab sich logischerweise auch das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer als Angehörige einer konfessionell-politischen Partei, die diesen Führern aus taktischen Erwägungen einige Parlamentssitze übertrug. Deshalb nun auch das Bemühen der Giesberts und Genossen, die Finanzreform um jeden Preis herauszuhauen und den ob dieser Tatsache auch bei den christlichen Arbeitern hervorgetretenen Vroll zu beschwichtigen, indem man die Massen mit dem Märchen von der gewerkschaftlichen Neutralität zu unterhalten

versucht. Man kann eben aus seiner schiefen Stellung nicht mehr heraus, wie alle Gewerkschaftsführer, die sich gleichzeitig parteipolitisch verankert haben.

Wo bleibt aber da das Arbeiter-, das Gewerkschaftsinteresse? Das geht einfach in die Widen. Den Beweis dafür erbringt das „Zentralblatt“ in seiner Nummer 17 vom 23. August 1909, wo es (Seite 258 und 261) schreibt:

Die Finanzreform hat kein direktes Interesse für unsre christlichen Gewerkschaften. Sie ist eine politische Frage und war es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders. Mit diesen politischen Vorläufigen im Reichstage haben die christlichen Gewerkschaften nichts zu schaffen. Sie haben keinen Einfluß auf die Gestaltung dieser Dinge und müssen deshalb auch jede Verantwortung dafür ablehnen. . . . Es ist nicht zu verkennen, daß die Funktionäre und Vertrauensmänner unsrer christlichen Gewerkschaften in einer schwierigen Situation sich befinden. Sie werden sehr oft vor die Frage gestellt werden, die Taten der bürgerlichen Parteien bei der Steuerreform zu verteidigen oder zu verweigern. Demgegenüber muß daran festgehalten werden, daß Auseinandersetzungen parteipolitischer Art in unsren Mitgliederversammlungen grundsätzlich zu vermeiden sind, und daß es jedem unbenommen ist, vom politischen Gesichtspunkt aus seinen Ansichten und Meinungen über die Steuerreform beliebigen Ausdruck zu geben an den Stellen, die dazu geschaffen sind: bei den bürgerlichen Parteien und ihren Parteinstanzen.

Mit dieser echt M. Glöbachers „Taktik“ glauben die christlichen Gewerkschaftsführer über ihren Arbeiterrat hinwegschreiten zu können. Es ist bloß Schade, daß einige Monate vorher die christliche Gewerkschaftspresse sich sehr lebhaft gegen die geplanten indirekten Steuern ausgesprochen hat ohne Rücksicht auf die gefährdete „Neutralität“. Weiter hat die Enttäuschung der christlichen Arbeiter sich wenig darum gekümmert, ob die Finanzreform eine politische Frage ist oder nicht, sondern sie hat wie jeder Arbeiter herausgefunden, daß die Finanzreform ein sehr direktes Interesse auch für die christlichen Gewerkschaften hat. Nach und nach haben auch die Giesberts, Schiffer ufm., wenn auch mit Widerwillen, Farbe bekennen müssen, wie aus den vorausgegangenen Artikeln ersichtlich. Es ist aber ein starkes Stück, was man den christlichen Gewerkschaften seitens ihrer Führer zumutet. Sie sollen eine Steuerpolitik, die ihnen unter Umständen die materiellen Errungenschaften jahrelanger gewerkschaftlicher Kämpfe aus der Hand schlägt, als eine politische Frage betrachten und, bei den bürgerlichen Parteien und ihren Parteinstanzen eventuell Beschwerde erheben, in diesem Falle bei den Konservativen und beim Zentrum. Wie stellt man sich eine solche Aktion in der Praxis vor, wenn z. B. ein einfacher Landarbeiter in einer ostelbischen konservativen Versammlung eventuell einen Landrat zur Rede zu stellen versuchte, oder wenn ein christlicher Gewerkschaftler in Wachen, Trier oder Münster in einer Zentrumsversammlung Front gegen die Finanzreform machen würde und müßte sich von seinen eignen Gewerkschaftsführern in ihrer Eigenschaft als Parteimenschen nach Strich und Faden hernehmen und abbürsten lassen? Zum Verrate noch diesen blutigen Spott, diesen verächtlichen, seigen Hohn! Gälte es eine gute Sache, einen für die Arbeiterschaft nützlichen Standpunkt zu vertreten, hätten die christlichen Gewerkschaftsführer in der Frage der Finanzreform

das Interesse der Arbeiter gewahrt, würde das „Zentralblatt“ nicht von der „schwierigen Situation“ der „Funktionäre und Vertrauensmänner“ reden und mit Gründen, an die es selbst nicht glaubt, die christlichen Gewerkschaftler zwingen wollen, ihre Führer nicht zur Rechenschaft zu ziehen, sondern das „Zentralblatt“ wäre des Jubels voll, was die christlich-nationalen Arbeiter im Reichstage Großes und Erhabenes für die Arbeiterschaft erreicht haben. Während man aber sonst weder in konfessionellen noch in parteipolitischen Dingen in den christlichen Gewerkschaften besonders ängstlich ist, sucht man jetzt mit allen Mitteln die Neutralität der genannten Gewerkschaften da zu schützen, wo ein wichtiges und reines Arbeiter- und Gewerkschaftsinteresse von größter Tragweite in Frage kommt.

Wem kann man denn noch mit der faulen Ausrede kommen, daß fast alle christlichen Gewerkschaftsführer nicht als solche, sondern als Zentrumsmitglieder im Reichstage sitzen? Während der christliche Gewerkschaftler mit Recht annimmt, sein Führer habe im Reichstag Arbeiterinteressen zu vertreten, wofür besonders in den Fragen der Steuer- gesetzgebung der Nachweis zu erbringen ist, hat dieser Führer und Arbeitervertreter kein höheres Ziel, als sich irgend einer politischen Partei gefällig zu erweisen. Trotsen sagt dies den christlichen Gewerkschaftlern deren „Zentralblatt“ ins Gesicht (Nr. 17 von 1909, Seite 260):

Wollen unsre Arbeiterabgeordneten innerhalb der bürgerlichen Parteien Einfluß gewinnen, wollen sie Verständnis für die soziale Lage der arbeitenden Klasse und Berücksichtigung ihrer dringendsten Wünsche erzielen, so können sie in Fragen politischer Art nicht die Solidarität mit den Parteien verleugnen, innerhalb denen sie stehen. Mit dieser Tatsache müssen sich unsre christlichen Arbeiter abfinden.

Welches „Verständnis“ und welche „Berücksichtigung“ ihrer dringendsten Wünsche“ finden nur christliche Landarbeiter, Bergleute, Metallarbeiter, Textilarbeiter usw. bei den bürgerlichen Parteien, „innerhalb denen sie stehen“? Die Streikfaktistik der christlichen Arbeiter ist die Antwort darauf. Diese selben Arbeiter dürfen aber dafür in Fragen politischer Art nicht die Solidarität mit den bürgerlichen Parteien verleugnen, „mit dieser Tatsache müssen sich unsre christlichen Arbeiter abfinden“. Nein, sie müssen sich nicht mit dieser schmachvollen Zumutung abfinden, lediglich die willkommene Staffage für die Fraktionsinteressen politischer Parteien darstellen zu dürfen, um zum Danke dafür dann von den sich mit diesen Parteien „solidarisch“ fühlenden Führern der christlichen Gewerkschaften in der Lebenshaltung herabgedrückt und aus Lohn und Brot gejagt zu werden. Für das „Zentralblatt“ ist das aber selbstverständlich.

Und selbstverständlich ist es auch für die Herren christlichen Arbeiterabgeordneten, daß dies der willkommenste und unabänderlichste Zustand ist, wie die christlichen Arbeiter und Gewerkschaftler im Parlament eine Vertretung ihrer Interessen finden können. In seiner bereits erwähnten Düsseldorfener Rede bekräftigte dies auch Schiffer, indem er das Verhalten seines Fraktionsfreundes Giesberts dahin deklarierte:

Wenn man einmal von einer Partei ins Parlament gewählt worden ist, dann muß man auch Rücksicht nehmen auf die betreffende Partei. Wir haben in

Berlin nicht nur Arbeiterpolitik treiben wollen, sonst hätte uns keine Partei gebrauchen können. Eine eigene Partei zu gründen, haben wir auch abgelehnt. ... Keine Arbeiterpolitik wird von einer bürgerlichen Partei nicht akzeptiert werden können, weil darin die widerstreitenden Interessen aufeinanderprallen.

In einer späteren, ebenfalls bereits erwähnten Nachener Versammlung äußerte Schiffer sich noch deutlicher:

Ist nun auch Rücksichtnahme unserer christlichen Arbeiterabgeordneten notwendig auf die Partei? Viele werden schon gedacht haben: Warum treten sie im Parlament nicht radikal auf? Wenn wir auf unsre Partei nicht diejenige Rücksicht nehmen, welche einfach recht und billig ist, wenn wir einseitige Interessenpolitik treiben würden, könnte uns keine politische Partei ein Mandat geben.

Das ist das Eingeständnis des Bankrotts christlicher Arbeiterpolitik! Um ein paar nutzlosere Mandate willen an ehrgeizige und strebische sogenannte Arbeiterführer werden die beschiedenen und dringenden Ansprüche der christlichen Arbeiter auf dem Wirtschaftsgebiete verkauft, „sonst hätte uns keine Partei gebrauchen können!“ Nach Schiffer wandeln sich „die widerstreitenden Interessen“ auf dem Wirtschaftsgebiete zwischen Arbeitern und bürgerlichen Parteien dagegen in völlige Harmonie, wenn sie sich auf politischen Wegen begehen. Das wird in aller Ernsthaftigkeit den christlichen Arbeitern gelehrt! Diese Gehirnverrenkungen, dieses offene Eingeständnis der Unfähigkeit, auch nur dem Scheine nach den Interessen der christlichen Arbeiter dienen zu können, diese klatschende Blamage könnte Mitleid erwecken, wenn sich zu der ganzen jämmerlichkeit der Politik dieser Arbeiterführer nicht noch das feige und unmoralische Bestreben gesellen würde, diese Finanzreform als ein großes nationales Werk anzupreisen, das die christlichen Arbeiter zu verteidigen hätten und wofür den daran beteiligten christlichen Gewerkschaftsführern ein Gotteslohn zu spenden wäre. Das ist der Gipfelpunkt dessen, was man christlichen Arbeitern bieten kann. Ihre Gewerkschaften sind doch, wie man immer hören kann, zu dem Zwecke gegründet worden, die wirtschaftlichen Interessen der christlichen Arbeiter wahrzunehmen. Jetzt wird ihnen von den eignen, aus ihren Reihen hervorgegangenen Führern begreiflich gemacht, daß eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter ganz im Sinne dieser Gewerkschaftsbewegung gelegen sei. Dieser eklatante Arbeiterverrat der christlichen Arbeiterführer wird sich früher oder später rächen müssen, so sehr auch deren Bemühen jetzt offensichtlich darauf hinausgeht, die bedrohte Religion, die gefährdete Gesellschaftsordnung, das angefeindete Vaterland, den roten Umsturz, die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften vor sich herzuschieben, um hinter diesem erprobten Walle Schutz zu suchen vor seinem Verrate, vor den Vorwürfen der christlichen Arbeiter, und, soweit die Möglichkeit dafür vorliegen sollte, vor seinem eignen Gewissen.

## Korrespondenzen.

**Berlin.** (Obedientliche Generalversammlung des Gewerksamts am 25. November.) Der sehr stark besuchte Generalversammlung lag folgende Tagesordnung vor: 1. Nachträgliche Bewilligung der den schwedischen Arbeitern überwiesenen 3000 Mk.; 2. Antrag des Maschinenmeistervereins auf Bewilligung eines Beitrags von 500 Mk. zu den Kosten der Fachschule; 3. Bewilligung der üblichen Extraaufstellungen zum Stiftungs- und Weihnachtsfeste; 4. Aufstellung der Kandidaten für den Gauvorstand bzw. Wahl desselben; 5. Vorschläge bzw. Wahl des Kassierers und des Verwalters; 6. Wahl der Vereinsboten; 7. Bestätigung der vom Vorstand auf der Verwaltung angestellten Hilfskräfte; 8. Festsetzung der Remuneration für die Vereinschriftführer und den Obmann des Tarifschiedsgerichts; 9. Ansprache bzw. Beschlußfassung über den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen. Die Erledigung dieser umfangreichen Tagesordnung erfolgte sehr schnell. Die vom Gauvorstande den schwedischen Arbeitern zugewendete Unterstützung im Betrage von 3000 Mk. wurde nach kurzer Motivierung durch den Vorsitzenden Massini ohne Debatte einstimmig genehmigt. Den Antrag des Maschinenmeistervereins begründete der Vorsitzende dieses Vereins, Kollege Schaaf, mit einer kurzen Darstellung der Wicklung der seit 15 Jahren bestehenden Fachschule des Maschinenmeistervereins. Die Kosten der Fachschule seien in den letzten Jahren so hohe geworden, daß der Maschinenmeisterverein sich mit der Frage beschäftigte, ob er die Fachschule nicht fallen lassen und dafür den Kollegen einen Ankauf zum Besuche der Handwerkerfakultät leisten solle. Der Verein habe sich aber für die Aufrechterhaltung

seiner Fachschule, die jetzt auch von vielen Seherkollegen besucht werde, entschieden und ersuche den Gauverein, ihm die Unterhaltungskosten tragen zu helfen. Nach kurzer Diskussion, in welcher Kollege Wed die Meinung vertrat, daß man wegen der Kosten für die Fachschule an die Prinzipalität herantreten müßte, weil dieser die technische Fortbildung der Gehilfen zugute käme, während Kollege Massini dieser Anregung widersprach und namens des Gauvorstandes die Annahme dieses Antrags empfahl, wurde der beantragte Beitrag von 500 Mk. von der Versammlung bewilligt. Zum dritten Tagesordnungspunkte schlug der Gauvorstand vor, wie in den letzten Jahren den Konditionslosen und Invaliden zum Stiftungsfeste je 3 Mk. und ferner zum Weihnachtsfeste denjenigen Konditionslosen Kollegen, die im letzten Quartale des Jahres mindestens drei Wochen arbeitslos waren und mindestens 13 Wochen in Berlin gesteuert haben, 3 Mk., und denjenigen Konditionslosen, die über 50 Wochenbeiträge in Berlin geleistet haben, 5 Mk. als Extraaufstellung zu bewilligen. Die Generalversammlung stimmte diesem Vorschlage debattelos zu. Ein Besuch einer Anzahl von Invaliden um allgemeine Gewährung einer Weihnachtsunterstützung auch an die Invaliden wurde abgelehnt, nachdem der Vorsitzende unter Hinweis darauf, daß die Invaliden sowohl die Verbands- wie die Gauunterstützung beziehen und daß in besonderen Fällen vom Gauvorstand auch Extraaufstellungen gewährt werden, die Ablehnung befürwortet hatte. Bei der Aufstellung der Kandidaten zur Gauvorstandswahl wurden als erster Vorsitzender Albert Massini und als zweiter Vorsitzender Rudolf Albert einstimmig wieder aufgestellt. Ebenso wurden die bisherigen vier Schriftführer wieder nominiert. Weitere Vorschläge wurden für die Umter der Vorsitzenden und Schriftführer von der Versammlung nicht gemacht, weshalb die Vorgeschlagenen statutgemäß als von der Generalversammlung direkt gewählt erklärt werden konnten. Zur Wahl von sieben Beisitzern stellte die Versammlung zehn Kandidaten auf, unter üblicher Berücksichtigung der einzelnen Sparten. Die Wahl der Beisitzer muß durch Urabstimmung erfolgen. Als Kassierer wurde Hermann Schlegler und als Verwalter Hugo Wested wiedergewählt. Weiter wählte die Versammlung auch die beiden Vereinsboten wieder, beauftragte die Umstellung der Hilfskräfte auf der Verwaltung und bewilligte den Schriftführern sowie dem Obmann des Tarifschiedsgerichts die übliche Remuneration. Zum letzten Punkte der Tagesordnung führte der Vorsitzende aus, daß sich mit der Frage der Gegenseitigkeitsverträge bekanntlich auch die letzte Verbandsgeneralversammlung beschäftigt habe und daß im letzten Jahre sämtliche Gauen des Verbandes mit Ausnahme von Berlin, Hamburg und Leipzig Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen hätten. Wegen des Anschlusses von Berlin und Leipzig an das Gegenseitigkeitsverhältnis habe eine Aussprache zwischen den beiderseitigen Gauvorständen stattgefunden, und der Leipziger Gau habe inzwischen bereits den Anschluß vollzogen. Der Berliner Gauvorstand sei im Interesse einer Vereinheitlichung der Unterstützungsätze gleichfalls für den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen, jedoch halte er besondere Maßnahmen hinsichtlich der Benutzung des Arbeitsnachweises sowie des Bezugs der Unterstützung zum Schutze vor einer weiteren Überflutung Berlins für unbedingt notwendig. Der Verbandsvorstand habe dies auch anerkannt und sich bereit erklärt, eine Konferenz zur Befriedigung der zu treffenden Maßnahmen einzuberufen. Es handle sich deshalb jetzt darum, daß die Generalversammlung dem Gauvorstande die Genehmigung zu dem eventuell zu vollziehenden Abschluß erteile. In der Diskussion trat Kollege Tepper für den Abschluß unter der Voraussetzung von zu treffenden besonderen Schutzmaßnahmen ein, während Kollege Lütge gegen den Abschluß überhaupt eine Reihe von Bedenken geltend machte und darum ersuchte, dem Gauvorstande nur die Genehmigung zu Verhandlungen, nicht aber zum Abschlusse zu erteilen. Kollege Döblyn machte darauf aufmerksam, daß man die Frage auch von dem Gesichtspunkte aus betrachten müsse, daß beim Bestehen von Gegenseitigkeitsverträgen jedenfalls auch ein Abzug von Kollegen aus Berlin eintreten werde. Es sei durchaus notwendig, daß die Zuschüsse verallgemeinert und eine einheitliche Unterstützung eingeführt werde. Das allgemeine Gegenseitigkeitsverhältnis werde das Übergangsstadium bilden, bis die nächste Verbandsgeneralversammlung die einheitliche Regelung der Unterstützung vorgenommen habe. Die besonderen Verhältnisse Berlins würden berücksichtigt werden. Nachdem auf eine Ansprache erklärt worden war, daß sich der Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen nur auf die Arbeitslosenunterstützung beziehe, und daß bezüglich der Berliner Invalidenzuschüsse die denjenigen Mitgliedern, die den Gau Berlin verlassen, bei ihrer Wiederzureise die vorher geleisteten Beiträge angerechnet werden, wurde zur Abstimmung geschritten, die die vom Gauvorstande gewünschte Genehmigung zum eventuellen Abschlusse von Gegenseitigkeitsverträgen ergab. Zu einer lebhaften Aussprache gab sodann noch ein vom Kollegen Pilz eingereichter und von vielen Kollegen unterzeichneter Antrag Veranlassung, in dem der Vorsitzende erlucht wird, mit der Hilfsarbeiterorganisation in Verhandlungen zu treten wegen des Arbeitens von Hilfsarbeitern in Tag- und Nachtschicht in verschiedenen Druckereien. Der Antragsteller führte aus, daß es fortgesetzt vorkomme, daß Hilfsarbeiter, die ihre Tagesarbeit in einer Druckerei beendet haben, in eine andere Druckerei gehen, um dort noch eine Nachtschicht zu leisten. Trotz des augenscheinlichen Mangels an Arbeitskräften werde es dabei an den Arbeitern sehr schwer gemacht, als Hilfsarbeiter unterzukommen. Dieses Verfahren sei im Hinblick auf die

große Arbeitslosigkeit anderer Arbeiter sowie hinsichtlich der Wirkung auf den Krankenstand durchaus zu verurteilen. Von anderen Kollegen wurde das geschilderte Verfahren der Hilfsarbeiter bestätigt. Der Vorsitzende ersuchte um schriftliche Mitteilung der vorstehenden Fälle und erklärte sich bereit, sich mit dem Vorstande des Hilfsarbeiterverbandes deshalb in Verbindung zu setzen. Mit der Aufforderung, das am 4. Dezember stattfindende Stiftungsfest recht zahlreich zu besuchen, schloß Kollege Massini alsdann die Generalversammlung.

**F. Frankfurt a. M.** (Mitgliederversammlung des Vereins aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vom 18. November.) Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag über die Reichsversicherungsordnung. Die vortrefflichen Ausführungen des Referenten H. Diener fanden allseitigen Beifall. Alsdann berichtete der Vorsitzende an der Hand der neu aufgenommenen Statistik über die gegenwärtige Lage im Schriftgießergewerbe. Hierbei wurde festgestellt, daß die Zahl der Handmaschinengießer sowie Fertigmacher zurückgegangen, hingegen die Zahl der Komplettmaschinengießer am Ort in den letzten Jahren trotz der vielen Sechsmaschinen noch eine Zunahme erfahren habe. Der Gefahr aber, welche unserm Verufe durch weitere neue Erfindungen auf maschinellen Gebiete drohe, dürfe man nicht gleichgültig gegenüberstehen. Auch auf die von der Firma D. Stempel erbaute Schnellgießmaschine (doppeltes System), deren Erbauung nur eine Person nötig macht, wurde in Anbetracht ihrer großen Leistungsfähigkeit hingewiesen. In der nun folgenden sehr regen Diskussion wurde hauptsächlich betont und verlangt, daß unter allen Umständen an dieser neuen Schnellgießmaschine eine höhere Entlohnung zu fordern sei. Die gehegte Erwartung, durch Einführung dieser neuen Schnellgießmaschine wäre dem weiteren Vordringen der Sechsmaschinen entgegenzuwirken, möge sich bewahrheiten zum allgemeinen Wohl und Besten unsers Berufs!

**Oppeln.** Am 21. November veranstaltete unser Ortsverein eine Druckausstellung, verbunden mit einem fachtechnischen Vortrage des Kreisvorstandes vom Verbande der D. Z. G., Kollegen Schmidt (Wreslau), über: „Welche Anforderungen stellt man heute an den Buchdrucker?“ Das fast vollständige Erscheinen unserer Mitglieder ist wohl ein Beweis, daß man auch an diesen Orten die immer vielseitiger sich gestaltende technische Entwicklung im Gewerbe erfaßt und das Bestreben hat, sich auf der Höhe dieser Entwicklung zu halten. Aus Kreuzburg hatten vier Kollegen der Einladung Folge geleistet; auch waren Lithographen und Steinbruder sowie die älteren Beiräte anwesend. Von der eingeladenen Prinzipalität waren leider nur zwei Firmen vertreten. Kollege Schmidt entlegte sich seines Themas in interessanter, leichtverständlicher Weise zur Verfügung. Auch auswärtige Firmen: die Farbenfabriken Berger & Wirth, Kast & Ehinger, Weit & Co., die Schriftgießerei Verthold und die Maschinenfabriken König & Wauer, Frankenthal, Johannsberger und Augsburg, unterstützten uns durch Zufendung prächtiger Tafeln. Allen, die zu dem guten Gelingen der Ausstellung beigetragen haben, sei an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen.

**Zu Wiesbaden.** Monatsversammlung vom 20. November. Im Gegensatz zu den Sommermonaten, wo der Versammlungsbetrieb ein sehr schlechter war (durchschnittlich nur 25 Proz.), scheint in den Wintermonaten eine Besserung eingetreten. Können wir doch von unserer letzten Versammlung als von einem „vollen Hause“ berichten, denn es waren annähernd 100 Kollegen anwesend. Offenlich legen jetzt auch die älteren Kollegen ihre Kethargie beiseite und gehen den jüngeren Kollegen in puncto Versammlungsbetrieb mit gutem Beispiele voran. Die Sezer Fr. Kurandt und Aug. Schäfer wurden wegen Annahme untauglicher Kondition dem Gauvorstande zum Ausschusse empfohlen. Trotzdem der Vorstand es nicht unterlassen hatte, die beiden Kollegen auf die Konsequenzen ihres unkollegialen Verhaltens aufmerksam zu machen, ließen diese die guten Ratschläge außer acht und traten in die „fette Pründe“ der D. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei ein. Da wegen dieser Firma schon mehrfach Anfragen eingelaufen sind, sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß diese Druckerei den Tarif trotz öfteren Vorstellenswerdens nicht anerkannt hat. Ein im vorigen Jahre gefaßter Beschluß, den konditionslosen Kollegen die Beiträge zur Krankenkasse weiter zu zahlen, hat unsre Ortstafel ziemlich stark belastet, so daß wir in nicht langer Zeit der Frage einer Beitragserhöhung hätten näher treten müssen. Um dies zu verhüten, beantragte der Vorstand eine Abschmächung dieses Beschlusses, und zwar folgendermaßen: „Konditionslose Kollegen, welche 52 Beiträge am Orte geleistet haben, erhalten den vollen Beitrag, diejenigen, welche weniger als 52 Beiträge geleistet haben, nach sechs Wochen Krankenzahl den halben Beitrag zur Krankenkasse aus der Ortstafel vergütet.“ Dieser Antrag wurde mit einem Zufuge angenommen. Ein Antrag des Kollegen Wittmann auf Gründung einer Zusatzkasse für Kranke und eventuell auch konditionslose wurde nach längerer Debatte, in der sich sämtliche Redner gegen eine solche Kasse erklärten, vom Antragsteller zurückgezogen. Wegen der vorerwähnten Zeit mußte der mit großer Spannung erwartete Vortrag des Arbeitersekretärs Phil. Müller über Goethes „Faust“ (II. Teil) für die nächste Versammlung zurückgestellt werden.

# Rundschau.

"Verein für Volksversicherung" nennt sich eine Gesellschaft, die im Jahre 1906 in Düsseldorf von den Herren Kirddorf (Wagen), Stinnes (Mülheim), Thyssen (Mülheim) usw. aus der Taufe gehoben wurde, um "frei" nach dem bekannten Herzen dieser Scharfmacherliche den Arbeitern eine "Selbsthilfe" zu bieten. Wie der Fuchs den Enten predigt, also erzählten damals und auch heute noch die hochvermögenden Gründer in rührenden Tönen in Wort und Schrift zugunsten ihres Werks von dem "schweren Ringen der minderbemittelten Schichten des Volks um die Existenz". Ja, sie bringen es sogar fertig, die staatliche Versicherung als unzulänglich zu erklären mit den Worten: "Die Leistungen sind zu schwach, sie treten zu spät in Wirksamkeit, um eine ausreichende Fürsorge im wahren Sinne des Wortes zu gewähren." Galt man aber die ständig wiederkehrenden Äußerungen der großindustriellen Presse zur Frage der Sozialpolitik daneben, die besonders in letzter Zeit durch die Reichsversicherungsordnung in wahren Tobsuchtsanfällen in der "Post", der "Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und vor allen Dingen in der "Deutschen Arbeiterzeitung" und bei allen übrigen Waffenträgern der Kirddorf, Stinnes, Thyssen und Genossen sich erkennenbar machten, so wird man kaum darüber im Zweifel sein können, daß hinter diesem "Verein für Volksversicherung", für den gerade in diesen Tagen wieder mit besonderer Heftigkeit die Werbetrommel gerührt wird, nichts anderes als eine Falle für die Arbeiterschaft steht, vor der nicht genug gewarnt werden kann. Bezeichnend allein ist es schon, daß der Mitgliedsbeitrag für diese "Scharfmacherfürsorgeversicherung" hauptsächlich nur in Rheinland-Westfalen versucht wird, und zwar unter Beifall der Behörden und der sogenannten Vereine. Christlicher Männer. Besonders auf die Vorstandsmittglieder von Krankenkassen hat man es dabei abgesehen. Mit auffälliger Eifer wird von den Unternehmern (darunter auch Buchdruckermeister) für die Gesellschaft Propaganda getrieben und in verschiedenen Fällen werden sogar als Werbemittel besondere finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt. Die Vorteile des Versicherungsvereins werden von seinen Werbemännern mit fast gänzlichem Ersparsnis der Verwaltungskosten durch "ehrenamtliche" Eingehung der Beiträge im Anschluß an die Lohnzahlungen begründet, was soviel bedeutet, daß die Beiträge einfach dem Lohne gleich abgezogen werden sollen. Von einer Selbstverwaltung der Kasse durch die Mitglieder ist aber keine Rede, denn die am letzten Ende Maßgebende sind nur die Aktionäre der Kasse, und in die Geschäfte derselben hat nach dem vorliegenden Statute niemand hineingreifen. Von den eigentlichen Leistungen der Kasse wollen wir nur ein Beispiel herausgreifen. Der Prospekt kündigt an, die Aktionäre beziehen nur 4 Proz. Dividende zur Vergütung ihrer Einlagen und in den übrigen kommen alle Ersparsnisse den Versicherten zugute. Wie diese Vergünstigungen oder Vorteile für die Arbeiter aber aussehen, das beweist folgender Auszug aus den Prämienbestimmungen: Für 1 M. monatlicher Prämie wird bei einem Beitrittsalter von 7 Jahren nach 43jähriger Beitragszahlung eine Summe von 882 M. in Aussicht gestellt. Rezt nun aber der Arbeiter diese Prämie zu demselben Sage wie die Aktionäre verzinsbar an, so würde er nach Ablauf der 43 Jahre die Summe von 1235 M., also 353 M. mehr erhalten. Den etwaigen Anteil am Gewinne muß er also vorher selbst schon bezahlen. Abgesehen aber davon, bedeutet die Beteiligung des Arbeiters an dieser Versicherung nur eine Stärkung des Scharfmacherturns. Das Unternehmen ist nichts als ein fein ausgeklügelter Plan der Großindustriellen, noch mehr wie bisher die Arbeiter von sich abhängig zu machen. Die Spargroschen der Arbeiterschaft sollen zusammengezogen werden in eine Kasse, über die das Bestimmungsrecht allein die größten Unterdrücker der Arbeiter selbst haben. Zu der Abhängigkeit im Arbeitsverhältnis soll noch die im sonstigen Leben kommen. Der ganze Plan ist zu raffiniert angelegt, um nicht durchsichtig zu werden. Denn wäre es den Vätern dieses Plans erstlich um das Wohl der unteren Volksklassen zu tun, dann würden sie keinen Widerstand gegen die Erweiterung der staatlichen Versicherung leisten. Aber dazu reicht das soziale Verständnis dieser Herren nicht aus, im Gegenteil, die Sorge für ihr eigenes Wohl läßt es ihnen sogar noch ratfam erscheinen, die Arbeiter unter dem Deckmantel als Wohlthäter noch mehr auszulündern als bisher. Diesem gemeingefährlichen Treiben kann von denkenden Arbeitern nur Verachtung entgegengebracht werden.

**Zollinhaltsverklärungen.** Das "Journal für Buchdruckerkunst" teilt mit, daß die bei den bisherigen Vorbruden zu Zollinhaltsverklärungen in der Spalte "Gewichtsangabe" enthaltenen Bezeichnungen "kg" und "g" in den neuausgegebenen weggelassen worden sind, was von Druckereien zu beachten sein dürfte, um sich nicht ähnlichen Schikanierungen auszusetzen wie mit dem M. auf den Eisenbahnfrachtbriefen. Unlutz dazu hat der Umstand gegeben, daß die oft üblichen Eintragungen bei kg nach Dezimalteilen, z. B. 3,75 kg, im Umstände häufig statt 3 kg 750 g für 3 kg 75 g gelesen werden.

Die Gewerbevereinswahlen in M. Gladbach haben für die christlichen Gewerkschaften, die bei früheren Wahlen betnaße außer Konkurrenz an diesem Orte waren, eine Stimmenabnahme von rund 3000 gebracht. Trotzdem ergielten sie noch 8870 Stimmen, die freien Gewerkschaften aber nur 3175 und die Hirsch-Dunckerischen, die diesmal eine eigne Liste aufstellten, während sie bei der letzten Wahl geschlossen für die Kandidaten der freien

Gewerkschaften eintraten, gar nur 402 Stimmen auf sich vereinigten. Die freien Gewerkschaften erhielten demnach drei Sitze und die christlichen neun, die Hirsch-Dunckerischen gingen leer aus.

**Streitjustiz in Baden.** Der Karlsruher Strafhammer verurteilte den Gauleiter des Mauerverbandes, Forter, zu vier Wochen Gefängnis, weil er beim Mauerverstreif in Pforzheim einen Arbeitswilligen am Arme faßte und zu ihm sagte: "Du gehst mit mir ins Vereinslokal; ich habe mit Dir zu reden!" Dieses Urteil stellt eine Erhöhung der von der vorhergehenden Instanz, dem Schöffengericht, ausgesprochenen Gefängnisstrafe, die nur auf 14 Tage lautete, dar und trug somit der dagegen eingelegten Berufung des Staatsanwalts Rechnung.

Aber die Arbeitsnachweise nach dem Herzen der Unternehmer, wie sie der Begehrverband zur Anebelung der über 300000 Bergarbeiter im Ruhrrevier einführen will, haben die "Münchener Neuesten Nachrichten" einen Artikel veröffentlicht, der zur größten Freude der "Deutschen Arbeiterzeitung" die großen Vorzüge dieser Einrichtung für die Unternehmer mit aller Offenheit klarlegt. Danach werden sie, die Unternehmerarbeitsnachweise, in sehr erheblichem Maße dazu beitragen, die Machtposition der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern zu stärken. Denn sie dienen nicht nur dazu, die Einstellung geeigneter Arbeitskräfte zu vermitteln, sondern auch eine Kontrolle über die Arbeiter auszuüben. Diese Kontrolle, die sich nach der Angabe des Verbandes zwar nur auf die Maßregelung kontraktbrüchiger Arbeiter erstrecken soll, kann sehr leicht und wird vermutlich auch ausgedehnt werden auf die Tätigkeit der Arbeiter bei etwaigen Streiks und in der Parteipolitik. Mit andern Worten: Durch den Nachweis gewinnen die Arbeitgeber die Macht, nicht nur unfähige und unzuverlässige Arbeiter von der Beschäftigung auf sämtlichen Gruben des Bezirks auszuschließen, sondern auch den Arbeitern die Verletzung ihrer staatsbürgerlichen Rechte bei Strafe der Vernichtung ihrer Existenz zu verbieten. Daß dem so ist, das beweisen schwarz auf weiß sehr interessante Enthüllungen aus den Geheimakten des Arbeitsnachweises der Industriellen in Mannheim-Ludwigschan, die der "Bergtrotz", das Organ des christlichen Bergarbeiterverbandes, gerade jetzt zur rechten Zeit zu veröffentlichen in der Lage ist. Dieser Arbeitsnachweis ist in ähnlicher Weise geregelt, wie es auch vom Begehrverband im Ruhrgebiete geplant ist. Die dem Arbeitsnachweis angeschlossenen Firmen dürfen Arbeiter nur durch den Arbeitsnachweis beziehen. Auf dem Arbeitsnachweise werden die Arbeiter aufs eingehendste an mehreren Schaltern geprüft. In den Listen des Arbeitsnachweises ist die Zeichensprache üblich. Durch Zeichen wird alles mögliche angedeutet. Für die Sünder ist ein schwarzes Buch angelegt. Aus den verschiedenen Gründen werden die Arbeiter von der Arbeit ausgeschlossen. Das Zeichen z. B. bedeutet "zu keinem" und darf ein mit diesem Zeichen versehenen Arbeiter bei keinem eingestellt werden. Verschiedene Formen der Stempel auf der Abkehr zeigen der Nachweishelfer, was mit den Leuten passieren soll. Ein längerer Auszug aus dem in Nachweis angelegten Register zeigt in gerabegter erschreckender Deutlichkeit, wie jeder Arbeiter in Acht und Bann erklärt wird, der sich irgendwie mißlieblich gemacht hat. Wie ein Bluthund ist dieses Maßregelungsbüro hinter dem Arbeiter her, um ihn zu Tode zu hegen. Nur einige wenige von den Stigmas, die den Arbeitern aufgebracht werden, seien hier angeführt: "Anarcho", "Bauarbeiter und Aufwiegler", "Partekauschmittglied", "freches Benehmen", "Beleibigung des Direktors", "sehr tätiger Agitator", "äußerst frech", "frech gegen Meister", "Rädelstührer im Streit", "christlicher Agitator", "zu hohe Lebensansprüche", "wegen Streikspaltennehmens", "Kontraktbruch", "wegen Maiferd" und so in unendlicher Folge. Selbst vor der Kennzeichnung einiger mit körperlichen Fehlern behafteter Arbeiter schreckt diese schamlose Unternehmerbrutalität nicht zurück. So werden Leute gekennzeichnet, die einen Leistenbruch, einen Herzfehler haben oder dergleichen. Diese Enthüllungen aus den Dunkelkammern der modernen Unternehmerrückbildung in Verbindung mit der Erkenntnis, daß auch die Gerichte sich in neuester Zeit immer mehr und mehr in arbeiterfeindlichen Bahnen bewegen und für die Arbeiter ein gefährlicher und behördlicher Schut gegen solche Brutalitäten nur noch selten zu konstatieren ist, lassen ebenfalls darauf schließen, daß die nächste Zeit schwere wirtschaftliche Kämpfe für die deutsche Arbeiterzeitung bringen wird.

Die amerikanischen Gewerkschaften hielten ihren diesjährigen Kongress in Toronto (Kanada) ab. Aus dem Berichte, den der Vorsitzende der American Federation of Labor, W. Compers, erstattete, ist hervorzuheben, daß es den Gewerkschaften Nordamerikas trotz der ungünstigen Verhältnisse gelungen ist, die allseitig drohenden Lohnherabsetzungen zu verhindern. Die Mitgliederzahl hat, nach den Beiträgen an die Zentralkommission berechnet, um etwa 100000 abgenommen; sie hat sich von 1689200 im Jahre 1908 auf 1506400 im laufenden Jahre vermindert. Die Gesamtkosten der Streiks, an denen 98 der angeschlossenen Gewerkschaften in 693 Fällen beteiligt waren, beliefen sich in diesem einen Jahr auf 8686700 M. Für sonstige Unterstützungen, Sterbegeld, Krankengeld, Reise- und Arbeitslosenunterstützung, wurden insgesamt 10517607 M. ausgezahlt. Für die Durchführung des Rechtsstreits in dem bekannten Compersprozess, der zur Verurteilung von drei Führern in schon berichteter Weise führte, wurde ein freiwilliger Fonds angelegt, der bisher eine Einnahme von 186051 M. und eine Ausgabe von 26349 M. hatte.

In der gleichen Sache hat der Kongress im Verlaufe der Verhandlungen einen sehr bemerkenswerten Beschluß gefaßt, der wohl von vielen deutschen Gewerkschaften nicht verstanden werden dürfte, aber doch nichts anderes ist als ein ehrendes Zeugnis für die Beziehungen zwischen den amerikanischen Gewerkschaften und ihren Führern. Denn in der Annahme, daß die eingelegte Revision gegen das unerbörte Urteil, das wir schon in Nr. 131 unter "Rundschau" bekanntgegeben haben, doch keine Aussicht auf Erfolg hat und die drei verurteilten Führer die ihnen zu diktierten Gefängnisstrafen werden doch abtun müssen, beschloß der Kongress einstimmig, Compers, Mitchell und Morrison durch weitgehendste materielle Entschädigung für die ganze Dauer ihrer Strafe schadlos zu halten, indem für ein Jahr Gefängnis neben der vollen Gehaltszahlung noch 20000 M. als "Schmerzengeld" bewilligt wurden. Den letzteren Betrag würde also Compers für seine einjährige Gefängnisstrafe erhalten, während Mitchell für seine Strafe mit 15000 und Morrison mit 12000 M. in Betracht kämen. Von der Gewerkschaftszentrale selbst wurden 34 Distriktsleiter ganz oder teilweise besoldet. Die Gesamtkosten hierfür beliefen sich auf etwa 200000 M. Der Zentrale direkt angeschlossen sind jetzt 119 Landesverbände (Internationaler Union), 39 Staatsverbände, 595 Gewerkschaftskartelle und 4 besondere Gruppen (Baugewerbe, Metallgewerbe, Eisenbahner und die Gruppe der Gewerkschaftsmärkte), gegen 67 Landesverbände, 10 Staatsverbände und 82 Kartelle vor 12 Jahren. Die Forderung des Achtstundentags wurde besonders mit den Ergebnissen einer amtlichen statistischen Untersuchung über den Aufschwung der Produktion und der Arbeitslöhne begründet. Bemerkenswert ist, daß in denjenigen Gewerben, in denen der Achtstundentag durchgeführt wurde, wie im Baugewerbe, die Löhne seitdem um 25-100 Proz. gestiegen sind. Entsprechend der Forderung der Gewerkschaften werden in die künftigen Volks- und Berufsrechnungen auch die Zahl der Arbeitslosen sowie Dauer und Ursache der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden. Unter "Praktische politische Betätigung der Arbeiterzeitung" wurde den Gewerkschaften der Rat erteilt, für die politische Schulung ihrer Mitglieder derart zu sorgen, damit sie ihr Wahlrecht zu den verschiedensten Körperschaften im Interesse der Arbeiterklasse, sonst ohne Rücksicht auf die politische Stellung der betreffenden Kandidaten, ausüben können. Die Gewerkschaften dürfen keineswegs sich in den Dienst einer politischen Gruppe stellen, sondern müssen von Fall zu Fall den Kandidaten unterstützen, der ihre Forderungen anerkennt und vertritt. Dadurch werde es möglich sein, auf alle Parteien einen größeren Einfluß auszuüben. Über die internationale Gewerkschaftskonferenz in Paris sagte Compers: "Es muß zugegeben werden, daß die Konferenzen des Internationalen Sekretariats bisher wenig praktischen Aufgabes dienten, abgesehen von der Förderung des Friedens, Austausch von Freundschaftsbeziehungen und Veröffentlichung von Statistiken. Die Vertretung dafelbst ist nicht rein gewerkschaftlich. Die Delegierten aus Österreich und Holland beschränkten ihre vielen Reden auf sozialistische Propaganda und die Verurteilung des reinen Gewerkschaftswesens. Im allgemeinen hat die Konferenz das Feld für die Möglichkeit einer internationalen beratenden Körperschaft geklärt, die demokratisch zusammengesetzt, der Arbeiterbewegung jeden Landes ihre Unabhängigkeit sichert und nichtgewerkschaftliche Fragen von ihren Beratungen ausschließt. Ich bin vollkommen überzeugt, daß, obwohl das Internationale Sekretariat noch vieles zu wünschen übrig läßt, die vitalsten Interessen der Arbeiter Amerikas durch den Anschluß an dasselbe gefördert werden, und deshalb zögere ich auch nicht, diesen Anschluß zu empfehlen. Die Kosten würden gering sein, ebenfalls die materiellen Vorteile, jedoch würde der Geist internationaler Brüderlichkeit in unermeßlicher Weise gefördert werden. Auch bin ich überzeugt, daß unser Anschluß an das Internationale Sekretariat die Gründung einer Internationalen Federation der Arbeit beschleunigen würde." Diesem Antrage wurde durch den Kongress sodann auch einstimmig Folge geleistet und der Anschluß an die gewerkschaftlichen Landeszentralen zum Beschluß erhoben. Damit ist die internationale Vereinigung der freien Gewerkschaften die größte Koalition der ganzen Welt geworden, sie zählt 5563000 Mitglieder in 17 Ländern.

Wäzliches Attest bei Geschicklichkeiten. Beim Bundesrat und Reichstag ist eine Petition eingegangen. Bezweckt wird eine Ergänzung des Personenstandsgesetzes dahingehend, daß die Verlobten die Beschneidung eines approbierten Arztes beizubringen haben, aus der hervorgeht, daß sie eine ärztliche Beratung im Hinblick auf die beabsichtigte Beschneidung in Anspruch genommen haben. Es soll auf diese Weise erreicht werden, daß diejenigen, die beschneiden, sich zu verheiraten, aufgeklärt werden über ihren Gesundheitszustand, ohne daß im übrigen ihrer freien Entscheidung Gewalt angetan werden soll.

**Briefkasten.** M. W. in Basel: Senden Sie 55 Pf. ein, da Nachnahme zu teuer. — Nach Stolp i. P.: Vielen Dank für Zusendung des "D. U.". Seit Jahren ignorieren wir diesen Witz, der erstens nicht die geringste gewerbliche Bedeutung hat und zweitens nur vom Skandale lebt. — N. in S.: 1. Diesen Vermerk anzubringen, kann der Prinzipal nicht gezwungen werden. 2. Diese Bestimmung hätte aufgehoben werden müssen, was übrigens heute noch geschehen kann. In diesem Falle müssen Sie sich mit dem Geistesvertreter in Verbindung setzen. — G. G. in Zheoe: Werden das Weitere veranlassen. —

R. D. in Berlin: Der Ton Ihres Schreibens verbietet uns, Ihnen noch weitere Aufklärung zu geben. Wenn Sie uns unterstellen, wir zeigen um den Ruhmeskranz der Berliner Mehrheit, so hört eben jede Distinktion auf. — M. S. in Burg: Die Graphische Verlagsanstalt P. Goldschmidt in Halle a. S., Glaucher Straße 71 d, ist in keiner Weise identisch mit der in Nr. 137 erwähnten Firma Hermann Sadtge in Halle-Neustadt. — B. S. in Dessau: Von solchen Geschäftsjubiläen kann der „Korr.“ keine Notiz nehmen. — S. in Potsdam: Karl Korn in Berlin SW 68, Lindenstraße 69. — R. S. in Magdeburg: „Sogiale Praxis“, Nr. 51 des XVIII. Jahrgangs. Einzelnnummer 30 Pf. Verlag: Dunder & Humblot, Leipzig. Frl. Grub! — R. in Göttingen: Die Buchdruckervereinigungen Stolze-Schrey in Eschershausen (Kreis Holzminde) scheint darauf auszugehen, Dumme zu finden, die für nichts und wieder nichts 1 M. Jahresbeitrag an einen Herrn Julius Bergl in Venne-Bornwohle entrichten. Das uns vorliegende Zirkular scheint auf Pusch gefertigt zu sein und macht einen geradezu jämmerlichen technischen und stilistischen Eindruck. Wir können unsre Kollegen nur warnen, vor genauer Prüfung der Personen und Verhältnisse ihr gutes Geld zum Fenster hinauszuwerfen. Durch ein entsprechendes Inserat im „Korr.“, das uns jetzt nicht mehr als harmlos erscheint, wollte man aufnehmend diesen als Lockvogel benutzen. Brief ist inzwischen abgegangen. — E. R. in Kiel: Ihr Auftrag traf zu spät ein, Nr. 138 war schon ausgedruckt. — F. M. in Karlsruhe: 85 Pf. — M. S. M.: 1,25 M. — A. in Straßburg: Herzlichen Dank und Gruß!

**Berichtigung:** In Nr. 138 sind leider bei der Korrektur zwei sinnstörende Satzfehler stehen geblieben. Es muß in der ersten Rundschreibennotiz, vierte Zeile von unten, statt „Arbeiterverhältnisse“ selbstverständlich „Arbeitsverhältnisse“ und in der zweiten Zeile von unten ebenso selbstverständlich statt „an“ von heißen.

### Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 28, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 1119L.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):  
 In **Breslau** der Seher Kurt Seydel, geb. in Breslau 1887, ausgl. daf. 1906; war schon Mitglied. — Hermann Härtel, V, Friedrichstraße 100a II.  
 In **Essen** 1. der Drucker Joseph Schmitz, geb. in Essen 1890, ausgl. daf. 1908; war schon Mitglied. —

In **Reitwig** der Seher Johann Rirmes, geb. in Reitwig 1890, ausgl. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — Otto Kraus in Essen-Rüttenscheid, Alfriedstraße 1.  
 In **Moschburg** der Seher Hans Holländer, geb. in Freyung v. B. 1892, ausgl. daf. 1909; war noch nicht Mitglied. — In **Starnberg** der Drucker Hans Otto, geb. in Zwickau i. S. 1887, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — Jos. Seiz in München, Holzstraße 24 I.  
 In **Neustadt** der Seher 1. Wilhelm Knopp, geb. in Wendorf 1879, ausgl. in Wittow 1899; war schon Mitglied; 2. Wilhelm Heudendorfer, geb. in Warnemünde 1890, ausgl. daf. 1909; war noch nicht Mitglied. — In **Mehna** i. M. der Schweizerberger Waldbauer Rafschke, geb. in Treptow a. R. 1891, ausgl. in Kolberg i. P. 1909; war noch nicht Mitglied. — In **Neubrandenburg** die Schweizerberger 1. Franz Dörnbrad, geb. in Dewitz 1889, ausgl. in Stargard 1908; 2. Paul Fiesler, geb. in Jablone (Böhen) 1891, ausgl. in Schmiegel (Böhen) 1909; waren noch nicht Mitglieder. — A. Dahnke in Schnerin, Münzstraße 32.

### Arbeitslofenunterstützung.

**Hauptverwaltung.** Der Seher Gustav Fritzsche aus Bromberg (Hauptbuchnummer 57259), welcher in einer Klage als Zeuge vernommen werden soll, wird um umgehende Angabe seiner Adresse an den Justizrat Marcus, Guben, Frankfurter Straße 7, gebeten. Die Herren Verwalter bzw. Ortsfasser wollen den Kollegen Fritzsche auf diese Notiz aufmerksam machen.  
**München.** Der Seher Georg Benz aus Dachau hat auf der Straße Neustadt im Schwarzwalde bis Freiburg i. B. sein Ausweisungsbuch (Bayern 4829) verloren. Dasselbe wird hiermit für ungültig erklärt und wolle bei Vorgeigung abgenommen und an die Hauptverwaltung in Berlin eingeleitet werden.  
**Stralsund.** Dem Seher Fritz Wurm, geb. in Ludau am 3. Juni 1885, ausgemerkt in Ludau am 1. Oktober 1903, wieder eingetreten in Stralsund am 26. September 1909, ist die Hauptbuchnummer 53107 nachzutragen, außerdem wird der Kollege ersucht, den hier erhaltenen Reisepaß recht bald hierher zurückzusenden.

### Veranstaltungskalender.

**Auerbach-Elfeld-Galkenhein.** Versammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends punkt 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Bergrastler“ in Elfeld.  
**Stankens.** Versammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei W. David in Dothenhuden, Bagnerstraße.

**Braunfels.** Bezirksversammlung Sonntag, den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.  
**Breslau.** Schriftliche, Stereotyp- und Galvanoplastikerversammlung Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 11 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 5.  
**Clemm.** Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant „Drei Raben“, Briderstraße 12.  
**Dresden.** Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 5. Dezember, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Adam, Kaufhausstraße.  
**Düsselroff.** Bezirksversammlung Sonntag, den 4. Dezember, abends 9 Uhr, im Vereinslokal.  
**Flensburg.** Vorstandssitzung Freitag, den 3. Dezember, im „Walden Inter“.  
**Grauw.** Ludwigslust-Neustadt i. M. - Parsdorf - Güby. Versammlung Sonntag, den 5. Dezember, nachmittags präzis 4 1/2 Uhr, im „Brotrestaurant“, Schloßstraße 47, zu Ludowigslust.  
**Greifswald.** Generalversammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Rest. „Zum Krönprinzen“.  
**Hilshor.** Versammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, im „Bismarcklokal“ (Haf. Holzstapf).  
**Leipzig.** Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“, Seiger Straße 32.  
**Magdeburg.** Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Franziskaner“, Br. Schulfstraße.  
**Mühlhausen i. Th.** Versammlung Montag, den 6. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Bürgerstraße“, Steinweg.  
**Neustadt.** Versammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Maack, Mühlstraße.  
**Güstrow.** Versammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Stadt Hamburg“.  
**Kabberg.** Versammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Lindenhof“.  
**Strigau.** Versammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends 9 Uhr, im Vereinslokal „Stadt Hamburg“.  
**Werdau.** Versammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.  
**Wittenberg.** Versammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Bürgergarten“, Gustav Adolfsstraße 10.  
**Zittau.** Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 11 Uhr, im „Volkshaus“ und Gewerkschaftshaus.  
**Zwickau i. Sa.** Versammlung Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Belvedere“, Talstraße 12.

### Sarifant der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.  
 Briefadresse: J. G. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.  
**Bekanntmachung.**

Wir bitten um die Bekanntgabe des jetzigen Aufenthaltsorts des Sehers Heinrich Droraczek aus Böhmen. Derselbe war vom 30. August bis 22. Oktober in Leipzig beschäftigt.  
 Georg W. Bürenstein, A. G. Giesede, Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender.  
 Paul Schliebs, Geschäftsführer.

**Tüchtiger Faktor**

Bisher in großen Häufe mit Schmalzmaschinenbetrieb als solcher tätig gewesen, gewissenhafter und zuverlässiger Korrektor und Revisor, und in allen sonstigen einschlägigen Arbeiten aufs Beste verfahren, sucht auf 1. Januar 1910 oder später passende Stellung. Beste Referenzen. Werte Offerten wolle man unter Nr. 911 an die Geschäftsstelle d. B. richten.

### I. Akzidenzseher

gesucht. Es wollen sich nur solche melden, welche wirklich hervorragende leisten können. Werte Offerten mit Muster unter Nr. 937 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

### Hebräischer Seher

aber nur solchen, der die Sprache perfekt beherrscht und instande ist, Gegenüberstellungen von Deutsch und Hebräisch selbständig vorzunehmen, stellen auf dauernd ein  
 Rosenthal & Co., Berlin, Rungestraße 20.

### Tüchtiger Stempelseher

sucht P. Hermann Schulte, Berlin S. 42, Dittlerstraße 11. [938]

### Tüchtiger Feinmechaniker

mit längerer Praxis in Schriftgießerei wird für solche gesucht. Werte Offerten unter A. B. Duc Solbiac, 128, Paris, erbeten. [935]

### Tüchtiger Feinmechaniker

mit längerer Praxis in Schriftgießerei wird für solche gesucht. Werte Offerten unter A. B. Duc Solbiac, 128, Paris, erbeten. [935]

### Neu! Mäasers komplette Tonplatteneinrichtung B

zur Anwendung der Typographie. Preis 16 Mk. Porto und Verpackung i. Mk. extra! Diese Einrichtung B enthält sämtliche zur Anwendung der Typographie notwendigen Instrumente, Anleitung usw. nebst einem Satz von 4 Stempeln. In einem durchsichtigen Karton untergebracht, dürfte die komplette Einrichtung um sehr willkommene Gabe auf dem Weihnachtstische jedes Buchdruckers bilden. [927]  
 Julius Mäaser, Leipzig-R.

### Zum 40jähr. Bestehen des Verbandes erschienen:

Dichtung von Festhymne und Verbandshymne  
 i. Willi Krahl; A. Schwohört  
 mit kleiner Orchester- oder auch Pianofortebegl.  
 Verlag Radell & Hill, Leipzig.

### Mäasers Unterrichtsbriefe für Buchdrucker sind für die Weiterbildung des Buchdruckers das geeignetste Mittel!

Um nun jedem, den Lehrlingen sowohl als auch den jüngeren Gelehrten, die Anschaffung derselben zu ermöglichen, haben wir uns entschlossen, Dieselbe bietet den Vorteil, daß der Bezug der Unterrichtsbriefe ganz nach Wunsch lieferungsweise in Zeiträumen von 8 und 14 Tagen sowie alle 4 Wochen erfolgt. Serie A (Setzer), Serie B (Drucker). Jede Serie umfaßt 30 Briefe. Preis pro Brief im Abonnement 50 Pf., einzeln 75 Pf. Alle Buchhandlungen sowie der Verlag von Julius Mäaser, Leipzig-R., nehmen Bestellungen an. [926]

### Neujahrskarten

mit Gutenberg oder M. Buchdruckerwappen in Prägedruck oder in Gold und 7 Farben: 100 Stück 2,-, 3,50, 5,-, 6,- und 6,50 Mark. Muster gegen 30 Pf. in Briefmarken, die bei Bestellungen in Anrechnung gebracht werden. Druckereikasierer usw. erhalten Vergünstigung für Sammelbestellungen. Bitte baldst bestellen!  
 K. Slogi, München 9. [925]

### Aufforderung.

Der zuletzt in Hefenheim funktionierende Buchdruckermeister Anton Götz wird hiermit aufgefordert, seine derzeitige Adresse zwecks Zustellung gerichtl. Urteile in seinem eignen Interesse an Unterzeichneten einzuweisen. [940]  
 Alb. Schmitzer, München, Augustenstraße 103/0.

### Dresden Buchdruck-Masch.-Verein Dresden

Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 11 Uhr:  
**Monatsversammlung**  
 im Vereinslokal „Volkshaus“.  
 Die Mitglieder werden ersucht, ihre Steuerreste in dieser Versammlung zu begleichen, widrigenfalls sie in dem Geschäftsbericht als Restant aufgeführt werden!  
 Der Vorstand. [939]

**Maschinenmeisterverein Hamburg-Altener Buchdrucker.**

Sonnabend, den 4. Dezember, abends 10 Uhr: Besichtigung einer Dreirollenrotationsmaschine („Hamb. Nachrichten“). Treffp.: 9 1/2 Uhr im Vereinslokal.  
 Sonnabend, den 11. Dezember, abds. 9 Uhr, im Vereinslokal „Zur Kariburg“ (Ribow), Schopensteichl 1:  
**Monatsversammlung.**

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Kassenbericht; 3. Technisches (Ausstellung und Besprechung einer künstlerischen Musterkollektion der Firma Meisenbach, Riffarth & Co.); 4. Vortrag des Kollegen Storz über: „Fabrikkonstitutionalismus“; 5. Festsetzung der Weihnachtsgratifikationen; 6. Verschiedenes.  
 Eine Stunde vor Beginn der Versammlung: Technischer Diskussions- und Lesabend. [929]  
 Der Vorstand.

Herzlichen Dank den Verbandskollegen der Firma **Stettin & Härtel** für die den Unterzeichneten anlässlich ihres **Fünfundzwanzigjährigen Verbandsjubiläums** dargebrachten unvergesslichen Ehrungen. Insbesondere für die herrlichen Diplome und den erhabenen Gesang. [928]  
 Leipzig, den 28. November 1909.  
 Fr. Dolphausen, G. Poppe, B. Richter und O. Weber.

**Die christlichen Gewerkschaften**  
 (Zur Geschichte der Arbeiterzersplitterung in Deutschland).  
 Von Ludwig Roxhäuser.  
 Preis 40 Pf. (ausschl. Porto). Im Selbstverlage des Verfassers. Leipzig, Salomonstraße 8.  
**Anhang zum Tarife**  
 von Konrad Gähler.  
 Preis des Grenzplars 10 Pf. (3 B.). Besichtigungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Georg Lößlich, Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

Am 26. November verstarb unser lieber Kollege, der Setzerinvalide [939]  
**Wilhelm Maul**  
 aus Königsberg i. Pr., im Alter von 66 Jahren. Seine uns stets bewiesene Kollegialität sichert ihm bei uns ein ehrendes Andenken. Das Personal der Buchdruckerei R. Boll, Berlin.

Am 26. November verstarb unser lieber Kollege, der Schriftsetzer [931]  
**Otto Fischer**  
 im Alter von 87 1/2 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Königsberg (Pr.), 26. November 1909.  
 Der Ortsvorstand Königsberg.

Am 26. November verschied unser langjähriges Mitglied, der Geschäftsführer [934]  
**Paul Runge**  
 Wir verlieren in dem zu früh Dahingegangenen einen aufrichtigen und treuen Kollegen, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.  
 Schandau, 26. November 1909.  
 Die Mitgliedschaft Schandau.

Am 23. November starb plötzlich nach kurzem, schwerem Leiden unser langjähriges, wertvolles Mitglied, der Setzer [936]  
**Friedrich Ebel**  
 im Alter von 48 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
 Der Bezirksverein Straßburg i. El.

**Adressen für Zusendungen**  
 an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker- und Schriftsteller“:  
 für Kritik und allgemeine redaktionelle Angelegenheiten: Ludwig Rexhäuser;  
 für Korrespondenzen, Ausland und Gewerkschaftliches: Willi Grub!  
 • Rundschau: Charles Schiffer;  
 • Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Lößlich;  
 sämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8.